

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 122. Ratssitzung vom 11. Dezember 2020

3330. 2020/396

Weisung vom 16.09.2020:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2021 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 121, Beschluss-Nr. 3330/2020).

Beschlüsse:

Antrag 061.

Kommissionsreferentin:

Susanne Brunner (SVP): *Es geht hier um Wartungskosten von verschiedenen Systemen im Hochbaudepartement, um Prozessmanagement-Tools, um Applikationen und Tools für die digitalen Baugesuche. Hier beantragt die Mehrheit der RPK eine Verbesserung um 60 000 Franken. Sie kann erreicht werden, indem man mit den Lieferanten gut verhandelt.*

S. 297	40 4000 3158 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Hochbaudepartement Departementssekretariat Unterhalt immaterielle Anlagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
061.	Antrag Stadtrat		60 000		748 800 688 800	Zustimmung
						Susanne Brunner (SVP) Referentin, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung:	Budget kann dank erfolgreichen Verhandlungen des HBD mit den Lieferanten gesenkt werden		

2 / 33

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 92 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 062.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Unserer Meinung nach kann die Helpline problemlos aufgehoben werden und man hätte hier eine Stelle, die an einem anderen Ort eingesetzt werden könnte.

Susanne Brunner (SVP): Letzte Woche behandelten wir die Weisung GR Nr. 2020/337 und diskutierten die Helpline ausführlich. Eine Mehrheit sprach sich für eine Weiterführung aus. Sie ist zielführend, da das Baubewilligungsverfahren sehr kompliziert ist. Diese Anlaufstelle ist wichtig und wird genutzt.

S. 306	40 4035 3010 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Baubewilligungen Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
062.	Antrag Stadtrat				8 295 100	Mehrheit
			153 400		8 141 700	Minderheit
			Begründung: Aufhebung der Planstelle «Beschwerdebeauftragte/r Helpline» der «Anlaufstelle in Bausachen», gemäss Weisung GR Nr. <u>2020/337</u>			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

3 / 33

Antrag 063.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): *Auch hier glauben wir, dass bei den Ausgaben für die Bewachung von Gebäuden das Wachstum überhöht ist. Darum würden wir auf den Erfahrungswert der Vorjahre zurückgehen.*

Susanne Brunner (SVP): *Die Mehrheit lehnt diesen Antrag ab. Die Bewachung von Immobilien, die im Besitz der Stadt sind, ist nach wie vor wichtig. Sie dient dem Schutz gegen Vandalismus und der Baustellensicherung. Es sind auch Kontrollrundgänge nötig.*

S. 309	40 4040 3130 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
063.	Antrag Stadtrat				7 641 200	Mehrheit
			413 500		7 227 700	Minderheit
			Begründung: Bewachung von Immobilien, Reduktion auf Erfahrungswert der letzten Jahre			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBEAntrag 064.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Sobernheim (GLP): *Es handelt sich um eine Grundsatzhaltung der GLP und der Minderheit, dass nicht immer mehr Kaderstufen geschaffen werden sollen. In diesem Departement wollte man fünf neue Teamcoaches schaffen – eine Kaderstufe, die die bisherigen Gruppenleiter ersetzen sollen und einen Teil der Arbeit übernehmen, die bisher vom Fahrpersonal getätigt wurde. Ein Gruppenleiter würde durch mehrere Teamcoaches ersetzt, weil der Teamcoach während eines grossen Teils seiner Arbeitszeit fahren wird. Wir halten es für ineffizient, wenn das Kader Bus oder Tram fährt. Wir stören uns auch daran, dass der Stadtrat zwar sagt, dass die Versuche mit den Teamcoaches erfolgreich und alle zufrieden waren, dies jedoch weder mit einem Bericht noch mit Aussagen belegen kann. Wir trauen dem Pilotprojekt nicht und beantragen darum die Streichung der teilweisen Stellen, sodass die Ressourcen zwar hier sind, um das Wachstum zu tragen, aber nicht eine neue Kaderstufe geschaffen wird.*

Renate Fischer (SP): *Die Mehrheit sieht das anders. Die Fahrdienstleitenden haben eine Führungsspanne von rund 90 Mitarbeitenden. Gemäss Stellenbeschreibung vereinbaren sie Ziele mit ihnen, erstellen Qualifikationen, führen Personalselektion für Fahrdienstmitarbeitende durch, klären bei Kundenbeschwerden die Ursachen ab, informieren den Kundendienst, bringen Vorschläge für Verbesserungsmassnahmen. Sie sind zuständig für eigene Linien, analysieren Probleme im Fahrplan und tragen zur Lösung der Probleme bei. Nebenbei sind sie etwa 100 Stunden pro Jahr im Fahrdienst, beispielsweise wenn Ersatzbusse im Einsatz sind. In meiner Zeit in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) kam es immer wieder vor, dass mir Beschwerden von Busfahrerinnen und Busfahrern vorgetragen wurden, die sich von ihrem Fahrdienstleitenden ungerecht behandelt fühlten. Keine Zeit und Unzufriedenheit mit der erfolgten Qualifikation, die auf einer Momentaufnahme beruhte, waren oft genannte Gründe. Das ist nicht verwunderlich. Denn die bereits enorm grosse Führungsspanne von 90 Personen wird in der Realität überschritten. Es sind Fälle bekannt, in denen die Fahrdienstleitenden bis zu 120 Personen führen mussten, weil nach der Pensionierung eines Stelleninhabers kein Ersatz gefunden wurde. Deshalb wurde in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden ein neues Stellenprofil erarbeitet und erprobt. Die Fahrdienstleitenden sollen nach und nach durch die Teamcoaches ersetzt werden. Ihnen werden 40 bis 50 Mitarbeitende untergestellt und sie sind zudem zu 40 Prozent im Fahrdienst und auch im Schichtdienst tätig, was für die bisherigen Fahrdienstleitenden nicht der Fall war. Es wird also nicht eine zusätzliche Hierarchiestufe geschaffen, so wie es die GLP darstellt. Stattdessen wird ein problembehaftetes Stellenprofil durch ein besseres ersetzt. Die Personalführung wird*

auf mehr Schultern verteilt, wobei diese Schultern auch andere Aufgaben übernehmen. Die heutigen Fahrdienstleitenden haben eine Führungsspanne zwischen 90 und 120 Mitarbeitenden zu bewältigen. Deshalb ist die Antragsbegründung der GLP, dass die erwähnten Gruppenleiterstellen noch viel mehr Mitarbeiter führen sollten, beinahe zynisch. Zudem haben sich die Mitarbeitenden, die VBZ und der ZVV auf die neue Position Teamcoaches verständigt und die Finanzierung erfolgt über den ZVV.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Zu einer solchen Budgetdebatte gehört, dass man auf verschiedenen Flughöhen unterwegs ist. Wenn die Baumwipfel gestreift werden, wird es aber schwierig. Die GLP prangert hier ein massives Stellenwachstum an – ein Wachstum von 4,0 auf 4,8 Stellen bei 2500 Stellen auf diesem Konto. Es wird nicht eine neue Kaderstufe eingeführt, es wird eine ersetzt. Es ist eine schwierige Thematik, auch, weil der Antrag so gestellt ist, dass jemand abgebaut wird. Die Führungsspanne beträgt 90 Mitarbeitende, was heute in den meisten Fällen auf über 100 überschritten wird. Auf diese effiziente Art gelingt es uns, dass die Führungsspanne nur noch 50 betragen wird. Auch das ist immer noch hoch. Ich danke trotzdem für diesen Antrag, da er mir erlaubt, mich zur Situation des öffentlichen Verkehrs nach dem Corona-Jahr und grossen Herausforderungen zu äussern. In diesem Jahr sanken die Einnahmen des ZVV um 100 Millionen Franken und wir müssen davon ausgehen, dass dies auch im nächsten Jahr der Fall sein wird. Wenn die Einnahmeausfälle finanziert werden sollen, gibt es drei Anspruchsgruppen. Einerseits haben wir die Kundinnen und Kunden; das heisst das Angebot. Dort ist die erste Massnahme klar: Im nächsten Fahrplanverfahren wird es keinen Angebotsausbau geben. Der Kanton und die Gemeinden müssen den Restbetrag übernehmen. Dafür stellten wir im Budget 2021 rund 12 Millionen Franken für eine zusätzliche Akontozahlung ein. Die Verkehrsunternehmen mussten im Jahr 2020 die Reserven auflösen. Im Jahr 2021, während die Reserven aufgelöst sind, müssen wir überprüfen, welche Budgetposten in welchem Ausmass tatsächlich wichtig sind und wo Einsparungen erfolgen können. Im Moment haben wir Einschränkungen und wir sind gespannt, wie sich Homeoffice und vermehrt virtuelle Sitzungen auch nach dem Ende der Pandemie auf den öffentlichen Verkehr auswirken werden. Unser Ziel muss jedoch sein, den Modal Split so zu verbessern, dass wir auch Leute vom MIV wieder für den ÖV zurückgewinnen können. Das zusätzliche Wachstum wollen wir auch im Verkehrsbereich mit dem ÖV auffangen. Das bedeutet, dass wir die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs erhalten, Innovationsprojekte weiterführen, Anstrengungen in die Innovation verstärken und Mehrkosten an anderen Orten vermeiden müssen. Mit diesen Massnahmen werden wir hoffentlich nach dem Ende der Pandemie wieder zur alten Frische zurückfinden. Gemeinsam mit dem ZVV rechnen wir jedoch, dass wir erst im Jahr 2024 wieder auf dem Niveau von 2019 sind.*



6 / 33

S. 340	45 4540 3010 00 000	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Verkehrsbetriebe Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
064.	Antrag Stadtrat				236 244 000	Mehrheit
			195 000		236 049 000	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Verzicht auf die 5 neuen Teamcoaches, stattdessen nur 2 neue Fahr- dienstmitarbeitende und 1 Gruppenleiter/-in mit erweiterter Führungs- spanne			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 065. und 066. (Postulat GR Nr. 2020/528).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3250/2020): Vor einem Jahr beantragten wir relativ viele Stellen für die Aufgabenhilfe. Auf Hinweis der Schulpflege wurde mit dem Nachtragskredit 1/2019 eine Budgetübertragung gemacht. So konnte eine grosse Mehrheit der Stellen auf 3010 00 000 übertragen werden; Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, insbesondere für die Klassenassistenten. Der Wunsch der Schulpflege war nachvollziehbar, weil die Klassenassistenten der Schulleitung eine sehr willkommene Möglichkeit bietet, Personal sowohl in der Schule als auch in der Betreuung flexibel einzusetzen. Wir halten das für ein Erfolgsrezept und beantragen darum heute, 35 weitere Klassen- und Schulassistenten ab dem Schuljahr 2021/22 anzustellen. Der Anteil eines Drittels von 1,167 Millionen Franken deckt die Kosten für die vier Monate. Zusätzlich beantragen wir

zusammen mit dem Postulat, die Frage der Klassenassistenten grundsätzlich zu betrachten. Das Volksschulamt veröffentlichte bereits im Jahr 2018 eine Anleitung zur «Schulassistenten». Das bedeutet eine Aufwertung dieser Arbeit, die in der Vergangenheit mehrheitlich dafür eingesetzt wurde, im Rahmen der Integrationsförderung einzelne Schülerinnen und Schüler zu begleiten. Wir halten den vom Volksschulamt vorgeschlagenen Weg für richtig – dass die Schulgemeinden eine Schulassistenten auf maximal sechs Klassen einsetzen können. Das gilt insbesondere auch im Hinblick auf die Einführung der Tagesschule und im Hinblick darauf, dass das Eintrittsalter in die Schule und in den Kindergarten immer jünger wird. Insbesondere in den ersten zwei Quintalen braucht es Ressourcen, um die jüngeren Kinder in den Kindergartenalltag begleiten zu können. Wir beantragen darum, ein Konzept für den Einsatz der Schulassistenten auszuarbeiten. Es geht um Arbeitsbedingungen, die Einsatzplanung, die Frage, inwieweit die Schulen und Kreisschulpflegen darüber verfügen können, um die Entlohnung und die Anstellungsbedingungen. Schulassistenten haben meistens eine normalere Anstellung als Klassenassistenten. Das alles sollte systematisch angegangen werden und mit der Zustimmung legen wir eine Basis dafür. Mit den zusätzlichen 35 werden etwa 120 Klassenassistenten angestellt sein. In diesem Rahmen ist auch zu klären, wie der Bedarf ermittelt werden soll. Eine Schulassistenten auf sechs Klassen würde bedeuten, dass die Stadt etwa 300 Schulassistenten anstellen könnte. Das bedeutet im Schnitt drei Stellenwerte pro Schuleinheit. Der vom Volksschulamt vorgeschlagene Weg bedeutet auch einen Standortvorteil.

Johann Widmer (SVP): Eine Minderheit der RPK ist anderer Meinung. Die vom Stadtrat ermittelten 225 178 700 Franken für Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals reichen aus. Eine Verschlechterung um 1,167 Millionen Franken für 35 Klassen- oder Schulassistenten wird vom Stadtrat nicht geplant und ist offenbar auch nicht nötig. Darum sehen wir nicht ein, warum die Mehrheitsparteien am Stadtrat diese Verschlechterung auf das Auge drücken wollen. Die aus FDP, GLP und SVP bestehende Minderheit der RPK folgt somit dem Stadtrat und empfiehlt eine Zustimmung seines Antrags.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): Für Qualität in der Schule brauchen wir nicht grundsätzlich immer mehr Personal. Wissen Sie, wie viele Personen eine Klasse unterrichten oder zumindest für eine Klasse zuständig sind? Es sind mindestens vier pro Klasse: Es sind zwei Klassenlehrer, eine Lehrerin für textiles Werken und ein Heilpädagoge. Das ist der Idealfall. Zu den vier Personen kommt eine Klassenassistenten und ein Zivi dazu. Daneben gibt es Logopäden, Psychologen, Sozialarbeiter, Psychomotoriktherapeuten und sonstige Therapeuten. Wenn die Klassenlehrerin mit dem grossen Teil der Klasse ein Thema einführt, befindet sich die Heilpädagogin hinten in einer Ecke und erschafft Grundlagen mit den Schwächeren. Und weil Vreneli vielleicht zum wiederholten Male herumzappelt, geht es mit dem Zivi aus dem Zimmer. Und Seppli ist vielleicht gerade nicht hier, weil er mit dem Sozialarbeiter etwas wegen der Pause besprechen muss.

Dann kommt die Klassenassistentin ins Spiel. Sie muss Seppli den verpassten Stoff vermitteln und während sie ihm das erklärt, verpasst er wieder etwas. Damit nicht immer mehr unbekannte Leute mit den Kindern zu tun haben, unterstützen wir das Postulat der AL mit der Forderung nach einer institutionalisierten Mitarbeit von Klassenassistenten im Schulteam. In Anbetracht der Umstände, die jetzt an den Schulen herrschen, lehnen wir den Ruf nach mehr Klassenassistenten und somit den Antrag jedoch ab. Wir stimmen dem Postulat zu, weil wir ein Konzept dafür wollen, wie die Klassenassistenten eingesetzt werden soll. Das Problem ist die nicht hinterfragte Integration: Alle Kinder sind in einer Klasse, auch die, die dem Schulstoff nicht folgen können. Dafür braucht es immer mehr Stützpersonal. Ohne diese Integration würde nicht so viel Stützpersonal gebraucht. Darum sind wir klar der Meinung: Es braucht nicht mehr Personal. Wir wollen die Kinder auch nicht diesem Dauerstress aussetzen.

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat und begründet diesen: *Wir lehnen sowohl den Antrag als auch das Postulat ab. Ich will meinen politischen Gegnern keine böse Absicht unterstellen: Ich bin sicher, dass es um das Wohl der Schüler geht. Aber es fehlt ihnen der Praxisbezug. Der Antrag und das Postulat sind beide nicht nur falsch, sondern auch asozial. Früher gab es in der Stadt eine Sekundar-, eine Real- und eine Oberschule. Dann wurde das in A, B und C umgetauft. Dann wurde mit den Fingern geschnipst und es gab die C-Schüler nicht mehr: Sie wurden zu B-Schülern. Im nächsten Schritt – das geschieht jetzt – wurden die beiden Stufen A und B miteinander vermischt. Jetzt sitzen in einem Klassenzimmer B-Schüler neben A-Schülern und profitieren schulisch von ihnen. A-Schüler profitieren in ihren sozialen Kompetenzen von den B-Schülern. Und niemand wird stigmatisiert, weil niemand weiss, wer im A und wer im B ist; es ist eine homogene Masse. Das ist der rot-grüne Traum. Die Realität sieht anders aus: Es gibt weiterhin C-Schüler, auch wenn sie nicht mehr so beschrieben werden. Sie sitzen jetzt mit einem B auf dem Rücken neben einem A-Schüler im gleichen Zimmer. In einer Stunde, in der der A-Schüler nach 10 Minuten mit der ersten Seite des Arbeitsblatts fertig ist, weiss der C-Schüler noch nicht genau, was geschieht. Vor der Klasse steht eine Lehrperson, die der Situation nicht gerecht werden kann. Das ist nicht ihre Schuld. Auch ich könnte dieser Situation nicht gerecht werden. Wer kann vor einer Klasse stehen, in der Gymi-Anwärter neben jemandem sitzen, der knapp Deutsch kann? Was machen die Lehrpersonen mit diesen Schülern? Es wird eine Heilpädagogin oder eine Klassenassistentin herbeigerufen, die die Gruppe von vier Schülern in einem Gruppenraum betreuen soll. In der Schulkommission wurde uns vor einigen Monaten das erste Schulhaus in Zürich vorgestellt, das mehr Gruppenräume als Klassenzimmer hat. Das ist nicht etwa, weil heute neu und anders unterrichtet wird, sondern weil die Durchmischung von A, B und C in der Realität nicht funktioniert. Sie wird durch die Hintertüre weitergeführt, wozu die Gruppenräume dienen. Dort unterrichten die Heilpädagogen und Klassenassistenten. Finden Sie das fair, wenn die Schwächsten unserer Gesellschaft nicht mehr von einer Lehrperson, die dafür ausgebildet wurde, sondern von einer Klassenassistentin ohne eine solche Ausbildung unterrichtet*

tet werden? Ich halte das für nicht fair. Das als Erfolgsrezept zu bezeichnen ist ein Verschiessen der Augen vor der Realität des gescheiterten Versuchs. Das wissen nicht nur Sie, sondern auch die Eltern, die ihre Kinder vermehrt an Privatschulen schicken. Auch immer mehr Lehrer wissen das, die sich jedoch nicht trauen, sich öffentlich dazu zu äussern. Es ist keine Schande, zu einem gescheiterten Versuch zu stehen. Es ist jedoch eine Schande, wenn versucht wird zu sagen, dass alles gut kommt, wenn nur noch mehr Personal eingesetzt wird. Das System ist kein Standortvorteil, sondern ein Standortnachteil. Die Lösung ist, zu den Sonderklassen und zum A-B-C-System zurückzugehen. Dann können B- und C-Schüler den Unterricht erhalten, den sie verdienen: Von einer Lehrerin oder einem Lehrer und nicht von einer Klassenassistentin.

Renate Fischer (SP): *In der Stadt Zürich sprechen wir schon lange vom Lebensraum Schule – davon, dass Unterricht und Betreuung zusammenwachsen sollen. Im Zusammenhang mit dem letztjährigen Budget überwiesen wir zusammen mit der FDP ein Begleitpostulat mit der Forderung, dass Betreuungsfachpersonen auch als Klassenassistenten zum Einsatz kommen sollen. Die Gründe sind ganz einfach: Die Kinder haben so die gleichen Bezugspersonen wie bisher und den Betreuungsfachpersonen können bessere Arbeitspensien angeboten werden. In der Budgetberatung erfuhren wir, dass das angestossene Projekt «FaBe+» beerdigt wurde. Es scheiterte an der Bürokratie aufgrund von unterschiedlichen Stellenprofilen und unterschiedlichen Lohneinstufungen. Die SP unterstützt sowohl den vorliegenden erneuten Versuch, den Einsatz von Schulassistenten zu institutionalisieren wie auch die zusätzlich beantragten Stellen. Mit den im letzten Budget bewilligten Stellen wurden die Kindergartenlehrpersonen zwischen Sommer und Herbst bei der Betreuung der Vierjährigen unterstützt. Mit den jetzt zusätzlich beantragten Stellen sollen Lehrpersonen in den Schulklassen unterstützt werden. Die Schulassistenten können die Lehrpersonen entlasten und zur Beruhigung im Unterricht beitragen. Sie können auch bei der Bewältigung der Folgen des Lockdowns mithelfen, da sich zeigte, dass die Kinder mit Onlineunterricht und selbstständigem Arbeiten unterschiedlich gut zurechtgekommen sind.*

Isabel Garcia (GLP): *Die GLP unterstützt das Begleitpostulat, lehnt jedoch den Budgetantrag ab. Die grundsätzlichen Überlegungen und das geforderte Konzept machen auch für uns Sinn. Es bestehen noch gewisse Unsicherheiten und Unklarheiten über den Einsatz, den Bedarf und darüber, wie genau das Tätigkeitsfeld der Schulassistenten aussehen wird. Wir sind grundsätzlich der Auffassung, dass das ein gutes Konzept sein kann und dass die übergeordnete Idee eine positive ist. Es macht darum Sinn, ein grundsätzliches Konzept auszuarbeiten. Gerade im Hinblick auf die flächendeckende Einführung der Tagesschule sollen alle Stakeholder zusammenarbeiten, um ein gemeinsames Verständnis der Arbeit der Schulassistenten gewinnen zu können. Gleichzeitig wollen wir jedoch mit der Überweisung des Postulats nicht sogleich das Budget ausweiten. Wir wollen, dass zuerst der Bedarf ermittelt wird. Wenn die avisierte Tätigkeit, der effektive Bedarf und die Organisation ermittelt wurde, dann werden wir uns nicht gegen eine Budgetausweitung wehren.*

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Wir Grünen sind begeistert von Klassenassistenzen und skeptisch gegenüber Schulassistenzen. Die Hauptaufgabe der Klassenassistenten besteht darin, pädagogische Prozesse in der Schule wirkungsvoll zu begleiten. Klassenassistenten entlasten Lehrpersonen. Sie erhalten somit mehr Möglichkeiten zur Klassenführung und Unterrichtsgestaltung. Die Doppelpresenz im Schulzimmer ermöglicht eine vermehrte Individualisierung des Unterrichts. In belasteten Klassen trägt alleine bereits die Anwesenheit einer zweiten erwachsenen Person im Schulzimmer zu einer Beruhigung der Situation bei. Klassenassistenten sind erwiesenermassen ein Mittel, um die Lernatmosphäre in unruhigen oder belasteten Klassen zu verbessern. Dabei geht es nicht nur um die Sekundarschule; in erster Linie geht es um die Primarschule. Auch im Kindergarten ist der Einsatz von Klassenassistenten insbesondere am Anfang sehr sinnvoll, um die Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf zu begleiten. Diese Tatsachen wurden in Erfahrungsberichten aus verschiedenen Zürcher Schulkreisen festgehalten. Von Klassenassistenten profitieren sowohl die Lehrpersonen als auch die Schülerinnen und Schüler. Die Unterrichtsqualität wird erhöht. Darum begrüssen wir den vermehrten Einsatz von Klassenassistenten und unterstützen den Budgetantrag. Im Text des Postulats wird auf das Konzept «Schulassistent» des kantonalen Volksschulamts vom Januar 2018 verwiesen. Im Konzept werden zwei Tätigkeitsfelder identifiziert, wo die Schulassistent eingesetzt werden kann: das Handlungsfeld Unterricht und das Handlungsfeld Schule. Die beiden Möglichkeiten können auch kombiniert werden. Wir Grünen haben grosse Vorbehalte gegenüber Schulassistenten, die auf der Ebene Schule für administrative und organisatorische Arbeiten eingesetzt werden. Solche Assistenten tragen nur wenig zur Erhöhung der Schulqualität und nichts zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit bei. Natürlich entlasten solche Schulassistenten die Schulleitungen. In Zürich wurde jedoch der Überbau an der Volksschule in den letzten Jahren stark ausgebaut. Zur Unterstützung der Schulleitungen wurden Schulleitungssekretariate an allen Schulen eingeführt. Zusätzliche Ressourcen auf der Ebene Schule braucht es aus unserer Sicht nicht, was auch von mehreren von mir konsultierten Schulleitungen bestätigt wurde. Bedarfsgerecht eingesetzte Schulassistenten im Handlungsfeld Unterricht – also Klassenassistenten – begrüssen wir Grünen sehr. Auch stehen wir Kombinationsmöglichkeiten offen gegenüber; beispielsweise, dass eine Klassenassistent auch bei der Betreuung eingesetzt wird oder dass sie in einer Zwischenstunde die Schulleitung unterstützt. Wir sind zuversichtlich, dass das geforderte Konzept im dargelegten Sinn ausgearbeitet wird.*

Olivia Romanelli (AL): *In der Stadt Zürich haben sich in den vergangenen Jahren von Schulkreis zu Schulkreis verschiedene Handhabungen bezüglich der integrativen Sonderschulung etabliert. Das ist eine äusserst ungünstige Situation, die zu sehr fragwürdigen Integrationen führte. Vor gut einem Monat beschloss die Schulpflege endlich ein Projekt, das die Verantwortung in der integrierten Sonderschulung von den Sonderschulen an die Regelschulen überträgt. Damit das gelingt, braucht es nicht nur organisatorische und finanzielle Überlegungen. Es braucht auch ein gesamtstädtisches, schulkreisübergreifendes sonderpädagogisches Konzept mit einer Zielbeschreibung der schulischen Integration und dem Beschrieb des schulischen Umfelds einer integrativen*

Schule mit dem Angebot und den notwendigen Ressourcen. Ein wichtiger Bestandteil und Gelingensfaktor der integrativen Schule sind auch die Schulassistenten.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Mit grossem Interesse verfolgte ich die Ausführungen der beiden Lehrpersonen Stefan Urech (SVP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne). Allerdings decken sich meine eigenen Erfahrungen eher mit denen von Stefan Urech (SVP). Ich war auch lange Schulpfleger und erlebte dort, wie in den verschiedenen Stufen das Unterrichtsprogramm auch von der Lehrerin oder vom Lehrer auf die Einteilung der Schüler angepasst wurde. Ich empfand es stets als positiv, dass man sich individuell darauf einrichten konnte. Nach der Matur vikarisierte ich 17-jährige Schülerinnen und Schüler und war froh um die Unterteilung des Lehrprogramms. So konnte ich mich jeweils auf etwas konzentrieren. Der Clou war, als ich einmal kurzfristig eine Berufswahlklasse im neunten Schuljahr übernehmen musste. Das war spannend, denn meine Vorgängerinnen und Vorgänger verliessen das Feld jeweils fluchtartig. Ich musste etwa einen Drittel der 17 Schüler hinausweisen, damit wir einigermaßen miteinander arbeiten konnten. Es war eine Gruppe, die dem modernen Konzept entspricht. Die Lehrer, die die Schüler im neunten Schuljahr nicht mehr wollten, haben sie in die Berufswahlschulklasse geschickt. Sie wurde zu einem Sammelsurium. Erst als ich auf den Instruktionsmodus umstellte, konnte ich wieder Unterricht geben – erst als ich den Zweiten Weltkrieg erklärte, hatte ich die volle Aufmerksamkeit. Das war ein Glücksfall. Mir wurde klar, dass solche Verbunde oder Sammelsurien undurchführbar sind. Es sind theoretische, ideologische Konzepte, die vollkommen unpraktisch sind. Aus diesen Erfahrungen heraus muss ich sagen, dass weder das Postulat noch der Zusatzantrag Sinn machen. Vielmehr schaden sie der Entwicklung der Schülerinnen und Schüler.*

Peter Anderegg (EVP): *Aus meiner Sicht kann man das Projekt der Oberstufe, die integrierten Klassen, in denen alle Niveaus zusammen in einer Klasse unterrichtet werden, als gescheitert betrachten. Es ist eine Idee mit hehren Zielen, die jedoch nicht zum Fliegen kommen wird. Die herrschenden Unterschiede bei den Siebt- bis Neuntklässlerinnen und -klässlern sind so gross, dass es für die Lehrerschaft beinahe nicht machbar ist, allen gerecht zu werden und alle so unterrichten zu können, dass sie für das Berufsleben, die Lehre oder weiterbildende Schulen vorbereitet werden können. Im Prinzip müsste man auf das Feld null zurückgehen und die Oberstufen A, B und C einführen. Weil es sich jedoch wohl um einen frommen Wunsch handelt oder es viel zu lange gehen würde, bis das durchgeführt werden könnte, unterstützen wir heute sowohl den Budgetantrag für die Schulassistentinnen und -assistenten als auch das Postulat.*

Johann Widmer (SVP): *Es geht um Primarschulen. Seit 35 Jahren bin ich Berufsschullehrer, 30 Jahre lang war ich Experte PK19 für Informatiker und 10 Jahre Chefexperte PK19 im Kanton Zürich. Die Entwicklung der Informatik-Lehrlinge nehmen wir mit Besorgnis zur Kenntnis. Grundlegende Skills wie Dreiecksberechnungen, Dreisatz und Bruchrechnen fehlen komplett, von Deutsch müssen wir gar nicht sprechen. Im ersten Lehrjahr können sie nichts mehr, im vierten Lehrjahr sind sie so weit, dass sie eine anständige Lehrabschlussprüfung schreiben können. An der Berufsschule besteht also*

sehr viel Aufholbedarf. Von der Schulleitung erhielten wir einen schönen Artikel: «Franz, du schaffst das!» von Carl Bossard vom 27.11.2020. Das Ende des Artikels möchte ich Ihnen nicht vorenthalten: «Für Franz Käppelis Lernweg waren die Lehrer der zentrale Faktor – nicht Strukturen und nicht Oberflächenmerkmale. Der erfolgreiche Unternehmer hatte Pädagogen, die an ihn glaubten und ihn ermutigten.» Schulassistenten sind keine Lehrer; es sind Nichtlehrer, die versuchen, zu helfen. Die Beziehung zur Lehrperson bringt den Erfolg. Das ist auch in der Berufsschule der Fall. Wenn wir eine Beziehung zu den Lehrlingen aufbauen, können sie am Schluss Erfolg im Beruf haben. Der Artikel, der allen Lehrpersonen verteilt wurde, ist eine Abrechnung mit dem, was hier gemacht wird: «Vieles wurde in schnellem Takt reformiert: einheitliche Schulstrukturen, nationale Bildungsziele, Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen, Lehrplan 21 und kompetenzorientierter Unterricht, dazu neue Fächerkombinationen und zwei Fremdsprachen in der Primarschule. Doch viel scheint nicht genug zu sein. Vielmehr geht es zügig weiter. Im Moment priorisiert die Politik vor allem zwei Bereiche: Digitalisierung und Ökonomisierung der Bildung.» Ich weiss nicht, ob es sich tatsächlich um eine Ökonomisierung handelt. Ich glaube, dass es sich um einen ideologisch gefärbten Klassenkampf handelt. Das zersetzt die Bildungserfolge unserer Schülerinnen und Schüler bereits in der Primarschule.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Vor einem Jahr sagte ich an dieser Stelle, dass wir die knapp 30 Stellen für die Aufgabenhilfe in dieser Form nicht brauchen können, weil sie bereits erfüllt sind und wir in der Primarschule, vor allem in der Unterstufe, nicht mehr diese Hausaufgaben erteilen. Ich versuchte die Mehrheit zu überzeugen, was nicht gelang. Danach sagte ich, dass mehr Klassenassistenten gut wären. Nachfolgend besprachen wir das in der Schulpflege und darauf bat ich die Initianten, das in die Klassenassistenten umzuwandeln. Das konnten wir tun, auch wenn es sich um einen längeren Weg handelte. Wir konnten schliesslich etwas Konstruktives machen, das wir sowieso wünschten. Das entstand auch insbesondere aus der Notwendigkeit im 1. Kindergarten heraus, wo Kindergartenlehrerinnen sehr oft überfordert sind, da sie Kinder betreuen müssen, die nicht vollständig den Anforderungen entsprechen. Die Klassenassistenten können schliesslich auch in der Unter- und Mittelstufe gebraucht werden. Wir versuchten einen gordischen Knoten zu lösen: Die Integration von Fachfrauen und Fachmännern Betreuung (FaBe) mit den Klassenassistenten. Mein Ziel wäre, dass wir diese engagierten Leute in der Betreuung mehr in die Klassen bringen können. Das Problem sind nicht bürokratische Hürden, sondern die Arbeitsverträge. Wir diskutieren mit den Gewerkschaften, da wir unterschiedliche Arbeitsverträge mit unterschiedlichen Löhnen haben. Wir stossen dort an, da die gleiche Arbeit im Klassenzimmer von Klassenassistenten und FaBe nicht kompatibel ist – gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Wir arbeiten an dieser Problematik und darum bin ich sehr froh um das Postulat, damit wir den gordischen Knoten lösen, das Problem der kleinen Pensen abbauen und die Klassenassis-*

tenzen ausweiten können. Das führt auch zu einer höheren Identifikation mit den Kindern. An diesem Problem arbeiten wir, und für die Lösung brauche ich auch Ihre Hilfe. Wir schufen 50 Klassenassistenzen aus den rund 20 Lehrpersonen, die wir für die Aufgabenhilfe nicht brauchten. Wir arbeiten jetzt an der Einführung. Mit der gleichen Begeisterung wollen Sie uns 35 zusätzliche Stellen geben. Die Begeisterung finde ich schön, sie hilft uns jedoch nicht immer. Denn zuerst müssen wir das System überprüfen. Dafür entwickelten wir 50 neue Stellen im letzten Schuljahr. Wir konnten noch nicht alle anstellen. Jetzt wird soviel Tempo vorgelegt, dass das System überfordert ist. Mit mehr Stellen alleine ist die Arbeit nicht getan. Es sind Menschen, die im System geführt werden müssen. Im System haben wir eine flache Hierarchie, aber auch eine sehr flache Führungsspanne, da wir sehr viele Teilzeit-Lehr- und Betreuungspersonen haben. Ich freue mich über das Postulat; ob ich den Budgetantrag so umsetzen kann, ist noch nicht klar.

S. 354 **50** **SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT**
5010 **Schulamt**
3010 00 000 **Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
065.	Antrag Stadtrat			225 178 700	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
			1 167 000	226 345 700	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)

Begründung: 35 Klassen- oder Schulassistenzen ab Schuljahr 2021/22

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 067. und 068. (Postulat GR Nr. 2020/545).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3281/2020): Am 10. Juni 2020 überwies der Gemeinderat ein Dringliches Postulat der Grünen mit klarer Mehrheit. Im Postulat GR Nr. 2020/160 fordern wir mehr Lektionen in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) auf allen Stufen der Volksschulen der Stadt. Konsequenterweise fordern wir jetzt, dass im Budget 2021 Geld für zusätzliche DaZ-Stellen bereitgestellt wird. Es sollen 10 Stellen ab dem Schuljahr 2021/22 sein. Das entspricht einer Erhöhung der DaZ-Stellen um 5 Prozent. Das scheint uns ein dringend nötiges Minimum zu sein in Anbetracht der Lernrückstände von Kindern aus sozial benachteiligten Verhältnissen, wo im familiären Umfeld nicht Deutsch gesprochen wird. Die Lernrückstände werden durch die COVID-19-Pandemie noch grösser. Es entstehen Bildungslücken mit negativen Auswirkungen auf die Bildungslaufbahn und auf das ganze Leben. All diese Fakten werden durch diverse wissenschaftliche Studien belegt. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern in Zürich, die DaZ-Lektionen erhalten, blieb in den letzten Jahren konstant bei knapp 30 Prozent. Dazu gehören zahlreiche Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen. Wir verlangen, dass die jungen Menschen beim Erwerb von Deutsch als Zweitsprache vermehrt gefördert werden, damit sie baldmöglichst dem Regelunterricht folgen können. Nur so kann der Übertritt in die nächste Schulstufe und ins Berufsleben gelingen. Der Erfolg bei den Übertritten hängt weitgehend vom Beherrschen der deutschen Sprache ab. Darum erhöhen zusätzliche DaZ-Lektionen nicht nur die Schulqualität, sondern tragen auch zu mehr Chancengerechtigkeit bei. Darum bitte ich um die Unterstützung des Budgetantrags. Das Begleitpostulat präzisiert und ergänzt das bereits überwiesene Dringliche Postulat für mehr DaZ-Lektionen. Mit ihm wollen wir Folgendes gewährleisten. Erstens sollen die geforderten zusätzlichen Ressourcen tatsächlich für DaZ-Lektionen eingesetzt und nicht anderweitig verwendet werden. Diese Gebundenheit ist uns wichtig. Zweitens sollen die DaZ-Lektionen gemäss dem Bedarf der Schulen zugeteilt werden. Die Zuteilung soll also nicht nach dem Giesskannenprinzip oder bestimmten Schlüsseln, sondern bedarfsgerecht erfolgen. Drittens soll die Zuteilung der zusätzlichen DaZ-Ressourcen zeitlich flexibler gehandhabt werden als heute. In Zukunft soll es unkompliziert möglich sein, dass bei Bedarf an einer Schule auch während dem Schuljahr zusätzliche DaZ-Lektionen erteilt werden können. Das ist heute nicht der Fall. STR Filippo Leutenegger wird sagen, dass das bereits heute der Fall ist. Es ist jedoch so: Wenn eine neue Schülerin mit Bedarf an DaZ-Lektionen Aufbauunterricht hat und in die Schule kommt, dann kann sie heute meistens nicht berücksichtigt werden, weil das Kontingent bereit ausgeschöpft ist. Das sagen mir die DaZ-Verantwortlichen in den Schulkreisen. Darum macht das Postulat hoffentlich für Sie alle Sinn.

Johann Widmer (SVP): Die vom Stadtrat ermittelten 82 589 200 Franken für Löhne von Lehrpersonen sollten ausreichen. Eine Verschlechterung um 400 000 Franken für die

DaZ-Stellen im Schuljahr 2021/22 wurde vom Stadtrat nicht beantragt. Sie ist offenbar nicht geplant und darum auch nicht nötig. Wir sehen nicht ein, warum die Mehrheitsparteien mehr Stellen zur Verfügung stellen wollen für etwas, das es offensichtlich nicht braucht. Darum beantragt die aus der FDP, GLP und SVP bestehende Minderheit der RPK, dem Stadtrat zu folgen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Deutsch ist etwas vom Zentralsten für die Integration in den Schulen. Die Frühförderung und die frühe Erfassung der Defizite im Deutschunterricht und in den Kitas sind sehr wichtig. Es gibt auch immer wieder Reparaturmassnahmen: Wenn jemand zu wenig Deutsch kann, muss entsprechend gehandelt werden. Wir haben eine lange Tradition in der Schule. Alle drei Jahre wird der Bedarf ermittelt. Jetzt sind wir bei einem Bedarf von 185 Vollzeitstellen. Dieser Betrag wurde ermittelt und wird auch von den Schulkreisen als akkurat betrachtet. Tatsächlich sind wir flexibel in den Schulen. Wenn also eine Schülerin oder ein Schüler ohne gute Deutschkenntnisse ankommt, können wir zusätzliche Deutschkationen anbieten. Gemäss dem Schulpflegebeschluss vom 2. Oktober 2018 ermöglicht eine besondere Konstellation mit nachweislich erhöhtem DaZ-Bedarf die Erhöhung der DaZ-Ressourcen durch einen Antrag der Präsidentin oder des Präsidenten der Kreisschulbehörde (KSB) an die Schulpflege. Die Möglichkeit besteht also, wir nahmen das entsprechende Postulat an. Ich finde es bedauerlich, dass Sie jetzt mit einem solchen Postulat die Bemühungen der Kreisschulbehörde und von der Verwaltung wieder übersteuern. Es hilft nicht viel, wenn lediglich mehr Mittel gesprochen werden. Wir müssen sie auch verarbeiten können. Darum bitte ich Sie, einen Schritt nach dem anderen zu machen. In den Schulen verfügen wir über viele Mittel, wir müssen sie jedoch auch gut einsetzen. Da alleine mit mehr Mitteln keine Probleme gelöst werden, bin ich froh um einen geordneten Ablauf.*

Weitere Wortmeldungen:

Renate Fischer (SP): *Der vorliegende Antrag sowie das Begleitpostulat fordern zusätzliche Stellen für DaZ-Lehrpersonen, die Schülerinnen und Schüler beim Spracherwerb unterstützen und sicherstellen, dass sie den Anschluss an die Regelklasse schneller finden. In Zürich erfolgt der Unterricht im Kindergarten integriert, das heisst in den bestehenden Kindergartenklassen. In der Primar- und der Sekundarstufe werden fremdsprachige Kinder ein Jahr lang in Aufnahmeklassen gefördert, bevor sie den Regelschulen zugeteilt werden. Aber Einzelne brauchen auch danach weitere Unterstützung. Genau dort soll mit den hier beantragten Stellen die Möglichkeit geschaffen werden, die Kinder weiterhin zu unterstützen. Spannend fand ich, dass Johann Widmer (SVP) beim vorherigen Antrag fehlende Deutschkenntnisse bemängelte und auch, dass die Klassenassistenten keine ausgebildeten Pädagoginnen sind. Im Gegensatz zu den Klassenassistenten handelt es sich bei diesen Stellen um ausgebildete Lehrpersonen. Für alle, die finden, dass die Anzahl der zusätzlich beantragten Stellen von 35 Assistenz- und 10 DaZ-*

Lehrpersonen übertrieben ist: Sie verteilen sich auf die über 120 städtischen Schulen mit über 30 000 Schülerinnen und Schülern in rund 1700 Klassen. Die Anträge sollen sicherstellen, dass die notwendigen zusätzlichen Ressourcen vorhanden sind und bei Bedarf zur Verfügung stehen.

Yasmine Bourgeois (FDP): *Ich gebe Dr. Balz Bürgisser (Grüne) recht, wenn er sagt, dass DaZ sehr wichtig sei. Auch wir finden, dass es entscheidend für die Schulkarriere ist. Das stelle ich jeden Tag fest, wenn ich unterrichte. Ich verstehe jedoch nicht, warum das Postulat eingereicht wurde. Kürzlich stimmten wir im Rat einem Postulat zu, das mehr DaZ-Lektionen fordert. Ich war Mitunterzeichnerin und unterstützte das aus Überzeugung. Aber warum wollen wir jetzt mehr? Das Postulat wurde dem Stadtrat zur Prüfung übergeben und befindet sich auf Kurs. In den letzten fünf Jahren hatten wir ein Schülerwachstum von 15 Prozent. Im Vergleich zum letzten Jahr haben wir ein Schülerwachstum von 2 Prozent. Die kantonal angestellten Lehrpersonen stiegen in den letzten fünf Jahren um 16 Prozent und im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozent. Das entspricht also ungefähr dem Schülerwachstum. Die kommunalen Lehrpersonen stiegen jedoch überproportional. Dazu gehören auch die DaZ-Lehrpersonen. In den letzten fünf Jahren stiegen sie um 27 Prozent und im Vergleich zum letzten Jahr um 12 Prozent. Bei der Primarschule sind es sogar 15 Prozent im Vergleich zum letzten Jahr. Das geht definitiv nicht auf. Auch kann der Aufwand pro Schüler betrachtet werden, der um 5 Prozent seit dem letzten Jahr stieg. Wir sind darum der Meinung, dass das Schulamt unseren Auftrag bereits erhielt und ihn momentan überprüft. Das wird vom Stadtrat bestätigt, der auch sagt, dass er die zusätzlichen Ressourcen nicht braucht. Ohne den Bedarf seriös abgeklärt zu haben, müssen wir jetzt nicht mehr fordern. Darum lehnen wir das Postulat und den Antrag ab.*

Isabel Garcia (GLP): *Bei der GLP verhält es sich wie bei den beiden vorherigen Anträgen. Wir unterstützen das Postulat im Sinn einer grundsätzlichen Überlegung. Wir sind selbstverständlich auch der Ansicht, dass die Sprachkenntnis die wesentliche Grundvoraussetzung ist, um Schulerfolg zu ermöglichen. Es soll darum sichergestellt werden, dass Deutschkenntnisse vorhanden sind. Es ist natürlich wichtig, dass die Deutschkenntnisse möglichst früh vermittelt werden. Das heisst aber auch nicht, dass es ab und zu einen Bedarf später in der Schulkarriere gibt. Dass bei Bedarf und flexibel DaZ-Ressourcen eingesetzt werden sollen, ist auch für uns selbstverständlich. Aber wir verstehen nicht, wie gleichzeitig ein präziser Betrag in das Budget eingestellt werden soll, obwohl der Stadtrat das nicht wünscht und ausführte, dass es das in dieser Form nicht braucht und dass das zu keiner Beschleunigung führt. Den Betrag und insbesondere die Schaffung von vorab präzise definierten neuen Stellen halten wir nicht für zielführend.*

Stefan Urech (SVP): *Im Zusammenhang mit der Weisung der frühen Förderung nahm ich vor kurzem Kenntnis von einer Studie, die besagt, dass ein Drittel der Stadtzürcher Kinder einsprachig deutsch aufwachsen. Sie müssen sich fragen, ob das DaZ und die geforderten fünf Stellen eine Symptombekämpfung sind oder das Problem bei der Wurzel angepackt wird. Sie haben recht: Der Schlüssel für die Integration ist Deutsch. Ein*

anderer Schlüssel, der auch sehr wichtig für eine erfolgreiche Integration ist, ist die Eigeninitiative und der Wille. Das darf man heute in der politisch korrekten Welt nicht mehr sagen, aber ja: Vieles hängt vom Willen ab. Wenn jemand will, dann geht es jeweils erstaunlich schnell. Solche Fälle sah ich: Mit genau gleich vielen DaZ-Stunden geht es dann plötzlich sehr schnell. Wenn sich jemand von der Zeit tragen lässt, können zusätzliche Stunden, Besuche und Hilfsangebote verordnet werden, ohne dass es vorwärts geht. Eine Sprache zu lernen bedeutet sehr oft das trockene Lernen von Vokabeln. Viele Schüler, die Deutsch als Zweitsprache lernen, haben gerade im Vokabular grosse Probleme. Wenn jemand will, wird ihm der Weg geebnet: Das Angebot ist vorhanden, es ist gross und gratis. Es ist gut, dass es gratis ist. Aber die Familien, die ihre Kinder einsprachig deutsch erziehen und sie in einer Fremdsprache fördern wollen, bezahlen die Französisch- oder Englischkurse selbst. Das Angebot muss nicht zusätzlich aufgebläht werden. Ich bin zuversichtlich, dass die Schülerinnen und Schüler, die es wollen, das auch schaffen.

S. 354	50 5010 3020 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne der Lehrpersonen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
067.	Antrag Stadtrat			400 000	82 589 200	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
					82 989 200	Minderheit Mehrheit Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
			Begründung: Schaffung von 10 Stellen für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) ab Schuljahr 2021/22			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 069. und 070. (Postulat GR Nr. 2020/548).

Kommissionsreferent:

Urs Helfenstein (SP) begründet den Antrag der RPK und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3284/2020): *Es gibt gegenwärtig vier gemeinderätliche Interessengruppen bei diesem Budgetposten und dem Begleitpostulat: die Interessengruppe Gewerkschaften, die Interessengruppe Quartiervereine, die gemeinderätliche Gruppe KMU und die gemeinderätliche Gruppe Sport (GGS). Es handelt sich um einen Vorstoss der GGS. Grün Stadt Zürich hielt im Mai 2017 eine Präsentation zuhanden der Zürcher Tennisklubs mit dem Titel «Auslegeordnung Wintertauglichkeit Tennisanlagen». Die Präsentation war öffentlich und ist online zugänglich. Sie zeigt auf, dass es im Sommer in der Stadt über 140 Tennisplätze hat. Im Winter sind es 13. Das Fazit nach der Prüfung aller Anlagen ist, dass 8 von 25 Anlagen überhaupt Wintertennis zulassen würden. Jede einzelne wurde auf baurechtliche Abklärungen, Umfeld, Infrastruktur, Organisation und Beeinträchtigung für die Nachbarschaft geprüft. Das Sportamt verfügt weder über Geld noch Ressourcen. Darum mussten die Tennisklubs selbst die Trägerschaft bilden. Das Sportamt erhoffte sich mindestens drei Projekte, die idealerweise gleichmässig auf dem Stadtgebiet verteilt sind. Die Projekte hätten sowohl Klubmitglieder als auch Nichtmitglieder berücksichtigen sollen. Im November 2017 gründeten sieben Tennisklubs den Verein «Tragfluthallen Frauental». Er erstellte ein Business-Case, Platzreglement, Betriebskonzept, Verträge mit den Wasserwerken und eine Evaluation der Hallen. Auch die Stadt machte in der «Auslegeordnung Wintertauglichkeit Tennisanlagen» eine Evaluation aller möglichen Standorte und kam beim Frauental zu folgender Beurteilung: «Tragfluthallen entsprechen den baurechtlichen Anforderungen. Die landschaftliche Einpassung von Hochbauten in die Hanglage scheint schwierig. Das Clublokal müsste wintertauglich ausgebaut und ganzjährig betrieben werden. Die Beeinträchtigungen der benachbarten Wohnbauten durch den Schattenwurf sind zu erwähnen.» «Tragfluthallen Frauental» ist ein Non-Profit-Verein. Junioren haben einen privilegierten Zugang und 25 Prozent Rabatt. Der Zugang zu den Hallen ist öffentlich, die Gesamtfinanzierung bisher und auch die Arbeitsstunden waren ehrenamtlich. Auch wenn der Betrieb aufgenommen wird, basiert vieles auf Freiwilligenarbeit, wie es in Vereinen üblich ist. Ein Kritikpunkt ist die Nachhaltigkeit von Tennishallen. Wenn Wintertennis betrieben werden will, gibt es keine nachhaltigere Art als die Hallen, die hier gebauert werden. Zur Nachhaltigkeit trägt bei, dass die Anlagen per ÖV erreicht werden können. Die Evaluation verwies bereits auf die Hanglage. Optimal wäre es, wenn sich ein Verein aus dem Zürcher Flachland für Wintertennis entscheiden würde. Der Bauentscheid für die drei Doppelhallen wurde gefällt und aus der Nachbarschaft kam keine Opposition. Von mehreren Seiten wurde auf die Form hingewiesen: Ein Postulat mit einem solchen Text sei überhaupt nicht üblich und das ginge nicht. Leider konnte uns niemand eine zeitnahe Alternative aufzeigen. Als letztes hörte ich, dass das Projekt im Schul- und Sportdepartement intern verfolgt wird. Zuerst stand eine Variante eines A-fonds-perdu-Beitrags von 600 000 Franken im Raum; für die restliche Finanzierung von 2,1 Millionen Franken*

wäre der Verein selbst verantwortlich. Nach der Vorstellung des Projekts in der GGS und nach ausführlicher Diskussion und Fragen kristallisierte sich die gegenwärtige Variante heraus, wie sie im Postulat beschrieben ist: 1,6 Millionen Franken mit Zins und 1,1 Millionen Franken, die der Verein selbst organisiert. Natürlich muss alles vertraglich geregelt werden und dafür ist das Sportamt, beziehungsweise der Stadtrat zuständig. Gewisse Bedingungen, die wir im Postulat vorgaben, mögen unorthodox sein. Aber ohne Kreativität keine Innovation. Für den Zins orientierten wir uns am intern durchschnittlich verrechneten Zins in der Stadt. Zürich profitiert in dieser Variante in vierfacher Hinsicht, drei Mal finanziell: 1,625 Prozent Zinsen über die Laufzeit des Darlehens, Mietverträge für die Areale nicht nur in den Sommer-, sondern auch in den Wintermonaten, und die geplante Sanierung des Areals. Weil darunter Wasserreservoirs liegen, kann das mit der Instandsetzung für das Wintertennis kombiniert werden. Am meisten profitieren die tausenden Tennisspielerinnen in der Stadt, die jetzt im Winter spielen gehen können – erst noch mit dem Tram.

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne): Für uns Grüne können Sportvorlagen aus ganz verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden. Bei der Unterstützung von Sportprojekten ist uns jeweils ganz wichtig, dass es um die Förderung von Breitensport geht. Zum zweiten geht es um soziale Aspekte: Sport ermöglicht Begegnungen zwischen Menschen verschiedener Herkunft und verschiedener Hintergründe. Das ist ein sehr positiver Aspekt der sportlichen Betätigung, was beispielsweise in Vereinen der Fall ist. Ebenso wichtig ist uns, dass im Sport die Nachhaltigkeit grossgeschrieben wird oder dass bei der Förderung von Sport die Geschlechter gleichgestellt sind. Unsere Haltung zur sportlichen Frage ist, dass es stets ein Abwägen aller Aspekte ist. Bei den vorgeschlagenen Tennishallen wogen wir die verschiedenen Argumente gegeneinander ab. Die Hallen dienen dem Breitensport und sind für alle zugänglich. Über die Nachhaltigkeit kann diskutiert werden. Das gilt auch für den Einbezug des Standorts im geschützten Landschaftsbild des Uetlibergs. Unsere persönlichen Beurteilungen in der Fraktion waren sehr unterschiedlich, weshalb wir uns für die Stimmfreigabe entschlossen.

S. -	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT
	5070	Sportamt
	554501 /	Darlehen an Verein Traglufthalle Frauental für Tennis-Traglufthallen auf der Tennis-
	5450 00 000	anlage Frauental /
		Darlehen an private Unternehmungen

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
069. Antrag Stadtrat			0	



1 600 000	1 600 000	Zustimmung	Renate Fischer (SP) Referentin, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Enthaltung	Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Darlehen für Wintertennis-Traglufthalle Frauental

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 97 gegen 5 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

SOZIALDEPARTEMENT

Antrag 071.

Kommissionsreferent:

Alan David Sangines (SP): Die Sozialarbeitenden der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) haben derzeit eine Fallbelastung von 90. Das bedeutet 90 Klientinnen und Klienten für eine 100-Prozent-Stelle. Früher waren es noch mehr, der Stadtrat reduzierte die Falllast bereits. Im Jahr 2021 werden jedoch enorme Herausforderungen auch auf die Sozialarbeitenden der AOZ zukommen. Die COVID-Pandemie trifft die Wirtschaft enorm hart. Viele Stellen gingen verloren und werden noch verloren gehen. Die Klientinnen und Klienten der AOZ stammen aus dem Asylbereich und sind aufgrund von mehreren Faktoren benachteiligt. Sie müssen die Sprache lernen, von der Sozialhilfe unabhängig werden und sich in der hiesigen Gesellschaft und Arbeitswelt einfinden. Zudem tritt die von Bund und Kanton verordnete Integrationsagenda in Kraft, die einen stärkeren Fokus auf die Integration von Menschen aus dem Asylbereich mit Bleiberecht legt. Die Integrationsagenda ist sinnvoll, aber auch enorm aufwendig in der Umsetzung. Teilweise sehen die Klientinnen und Klienten der AOZ ihre Sozialberatenden einmal im Jahr. Wir wollen, dass die AOZ-Sozialberatenden mehr Zeit für die wichtige Aufgabe haben, ihre oftmals stark belasteten, teilweise traumatisierten Klientinnen und Klienten

zu betreuen, den Bedarf an gesundheitlichen Unterstützungsmassnahmen zu erkennen und einzuleiten sowie ihnen bei der Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt behilflich zu sein. Darum beantragen wir, Mittel einzustellen, um die Fallzahlen pro Sozialarbeitenden auf 80 zu reduzieren. Das ist zwar immer noch herausfordernd, ermöglicht jedoch, den Klientinnen und Klienten mehr gerecht zu werden.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): Grundsätzlich wäre es richtig, wenn es weniger Fälle im Asylbereich gäbe. Dazu müsste der Saustall auf Bundesebene aufgeräumt und dafür gesorgt werden, dass weniger Leute in unser Land kommen, die kein Anrecht haben, in das Land zu kommen. Wer über sichere Drittstaaten einreist, wer 10 000 Dollar zur Verfügung hat, um Schlepper zu bezahlen, der hat kein Anrecht, in der Schweiz im Asylwesen durch den Sozialstaat betreut zu werden. Das Schlepper-Geschäft ist ein Milliarden-geschäft: Pro Jahr sind es je nach Schätzung 10 bis 20 Milliarden, die von den sogenannten Flüchtlingen aufgebracht und an die Schlepper ausbezahlt werden.

Markus Baumann (GLP): Wir werden den Antrag ablehnen. Wir sind der Meinung, dass die Fallzahl von 90 zielführend sein kann. Die Anpassung auf diese Zahl erfolgte bereits. Es gibt aber auch einen weiteren Grund. Das Ziel der Sozialarbeitenden muss sein, dass die begleiteten Personen tatsächlich befähigt werden, und vor allem muss die Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Vielleicht müssten die Ziele der Sozialarbeitenden überprüft werden, was sie genau machen wollen und was nicht. Ich bin überzeugt, dass mit 90 Fällen solche Ziele erreicht werden können. Ich glaube auch, dass aufgestockt werden könnte, falls es so schlimm wird wie von Alan David Sangines (SP) angekündigt. Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir das nicht.

S. 377 55 **SOZIALDEPARTEMENT**
5500 **Sozialdepartement Departementssekretariat**
3634 00 104 **Beiträge an AOZ für städtische Pflichtleistungen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
071.	Antrag Stadtrat			13 569 400 663 000 N		
			950 000	15 182 400	Zustimmung	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Reduktion des Case Loads der AOZ-Sozialberatenden von 90 auf 80

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 66 gegen 30 Stimmen (bei 17 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 072.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): *Wir stimmten dem Bundesasylzentrum in der Stadt zu, weil wir sagten, dass wir damit dafür sorgen können, dass Menschen in der Stadt integriert sein können und eine gute Betreuung erhalten, und weil es ein Vorzeige-Bundesasylzentrum sein wird. Die Realität ist leider anders. Wir hörten bereits, dass es wie ein Gefängnis geführt wird. Bei der Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen (mineurs non accompagnés, MNA), die einen sehr grossen Anteil ausmachen, zeigte sich, dass sie faktisch nicht betreut werden. Faktisch wird auf die Aufsicht reduziert. Das drückt sich in einem sehr kleinen Betreuungsschlüssel aus. In den Rückfragen hörten wir, dass heute bereits die Betreuung durch stadteigene Mittel aufgestockt werden muss. Ansonsten könnte der Betrieb wahrscheinlich nicht mehr normal geführt werden. Insgesamt stehen 10 Stellen zur Verfügung und 2,5 oder 3 kommen von der Stadt. Wenn man es wie ein Kinderheim führen wollte, müsste die doppelte Anzahl von Personen zur Verfügung gestellt werden. Es ist mir ein Rätsel, wie die Schweiz eine Kinderschutzkonvention unterzeichnen kann und dann in einem Bundesasylzentrum eine Situation hat, die flagrant gegen diese Regeln verstösst. Darum stellen wir den Antrag, dass die Stadt nochmals einen Effort macht – falls möglich mit Rechnung an den Bund –, damit zwei weitere Personen angestellt werden, die ein Minimum an Betreuung gewährleisten können. Der Schlüssel, um die Problematik ohne zusätzliches Geld zu lösen, wäre ganz einfach. Das Bundesamt für Migration würde die Gesuche von MNA prioritär behandeln. Wir fragten wiederholt nach, wie lange die Jugendlichen untergebracht werden, die ohne Eltern im Bundesasylzentrum sind. Es zeigte sich, dass die meisten über 100 Tage dort verbringen. Es wurde gesagt, dass das neue Asylverfahren zur Beschleunigung beitragen würde. Wo, wenn nicht bei den MNA, müssten die Asylgesuche beförderlich behandelt werden? Das findet nicht statt. Prekäre Bedingungen werden geschaffen und Personen werden eingeschlossen. Die Stadt verhält sich vorbildlich mit der Schule, der Betreuung und zusätzlichen Investitionen. Aber ein normaler Umgang mit den Jugendlichen, der der Kinderschutzkonvention entsprechen würde, gelingt nicht. In Bern ist Bundesrätin Karin Keller-Sutter für das Asylossier zuständig. Die Betreuerin ist Esther Maurer. Ich weiss nicht,*

wie die Kontakte zwischen Zürich und Bern sind, dass hier nicht Abhilfe geschaffen werden kann. Ich halte es für eine unmögliche Situation und für eine Unsäglichkeit. Denen, die dem Bundesasylzentrum zustimmten, wurde etwas vorgegaukelt, das nicht eingehalten wird. Es wurde gesagt, dass wir 1 Million Franken weniger bezahlen werden. Im Moment bezahlen wir bereits mehr als 1 Million Franken zusätzlich, damit eine halbwegs normale Betreuung sichergestellt werden kann. Es ist eigentlich ein gescheitertes Projekt und für die Stadt Zürich eine gewisse Schande. Der Antrag versucht, eine leichte Linderung zu erreichen.

Raphaël Tschanz (FDP): *Ich versuche die Fakten darzulegen, so wie wir sie vom Stadtrat erhielten. Für die Heim- und Erziehungsleistungen sehen die Richtlinien der Bildungsdirektion des Kantons Zürich bei der Bewilligung von der Betreuung in Kinder- und Jugendheimen eine anerkannte Ausbildung im Sozialbereich und eine entsprechende Weiterbildung im Führungsbereich vor. Mindestens zwei Drittel der sozialpädagogisch tätigen Mitarbeitenden verfügen über eine aufgabenbezogene anerkannte Ausbildung. Für die speziellen Anforderungen ist zudem eine entsprechende Weiterbildung vorgesehen. Die Frage, wie viele Stellenprozente für die Betreuung von 40, 50 und 60 Jugendlichen in einem Kinder- und Jugendheim zur Verfügung gestellt werden, kann nicht generell beantwortet werden. Das ist jeweils von der Art und der Zielsetzung sowie vom Betreuungskonzept des Heims und den Bedürfnissen der Zielgruppe abhängig. Die Mehrheit stört sich daran, dass das Staatssekretariat für Migration die Zahl der MNA im Bundesasylzentrum auf 30 Personen einschätzt, jedoch momentan 45 MNA untergebracht sind. Darauf basiert der vom Staatssekretariat für Migration aktuell zugesprochenen Stellenplan. Dem entgegenzuhalten ist, dass per 1. Januar 2021 das Betreuungspersonal für MNA pandemiebedingt temporär um 1,5 Vollzeitstellen erhöht wird. Das ergibt eine Zahl die von Walter Angst (AL) nicht erwähnt wurde: Einen Betreuungsschlüssel von 1:3 bis 1:4 für MNA. Das Sozialdepartement arbeitet daran, bis im Frühling 2021 die Stellensituation der Betreuung der MNA als Ganzes genauer zu evaluieren und eine definitive Stellenerhöhung zu beurteilen. Es ist entsprechend nicht nötig, jetzt vorzugreifen.*

Weitere Wortmeldung:

Samuel Balsiger (SVP): *In der Budgetdebatte ist es meistens ein Genuss, als SVPLer nach Walter Angst (AL) sprechen zu dürfen. Er bereitete uns schon mehrmals den Weg, um an sein Votum anzuschliessen und seine Argumentation zu verwenden. Es ist schön, wie er das Projekt Bundesasylzentrum förmlich in den Boden stampfte. Es war Ihr Traumprojekt, das Sie vorstellten und das die SVP bekämpfte. Als SVPLer gibt es eine Gewissheit. Immer, wenn die Unvernunft und die linke Ideologie durchschlägt und wenn die bürgerliche Schweiz nicht mehr auf dem richtigen Weg ist, muss man nur abwarten. Alles bricht zusammen, das in die Hand genommen wird. Wir hörten vorher, dass die Schulintegration zusammenbricht. Wiederholt wurde hier gezeigt, dass linke Politik nicht funktioniert. Genauso funktioniert auch das Bundesasylzentrum nicht. Der*

Sprecher der AL stampfte das linke Traumprojekt in den Boden und ging dabei von falschen Voraussetzungen aus. Wenn jemand tatsächlich aus einem Kriegsgebiet kommt und nicht über ein sicheres Drittland flüchtete und hier in der Schweiz in ein Bundesasylzentrum kommt, dann hat diese Person nicht das Gefühl, in einem Gefängnis zu sein. Vielleicht stimmt es, dass es wie ein Gefängnis ist, wenn von einem Schweizer Gefängnis ausgegangen wird. Denn auch dort schlug die linke Ideologie durch und auch dort ist die Kuscheljustiz an der Tagesordnung. Ein Gefängnis in der Schweiz ist nicht das, was ein Gefängnis in der Schweiz sein müsste. Vielleicht ist es ein Gefängnis. Aber heute bedeutet das in der Schweiz eine Rundumbetreuung mit sehr vielen Annehmlichkeiten.

S. 377 **55** **SOZIALDEPARTEMENT**
5500 **Sozialdepartement Departementssekretariat**
3634 00 105 **Beiträge an AOZ für besondere städtische Integrationsleistungen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
072.	Antrag Stadtrat			6 056 000	Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Johann Widmer (SVP)
				70 000 N		
			300 000	6 426 000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)

Begründung: 2 zusätzliche Stellen (vgl. Globalbudget PG 1, 1.2, 1.2.18: «Ergänzende Betreuung und Begleitung von unbegleiteten Minderjährigen des Bundesasylzentrums Zürich»), bisher Fr. 500 000, neu Fr. 800 000

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 073. und 074.

S. 377	55 5500 3636 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
073.	Antrag Stadtrat				78 500	Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fi- scher (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangi- nes (SP)
				500 000	578 500	Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)
						Enthaltung	Präsident Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
			Begründung: Direkte Förderung von innovativen Arbeitsintegrationsprogrammen (Corona-Pandemie) durch die Stadt				

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 074.

S. -	55 5500 500005 / 5660 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beteiligung an Stiftung Zürich-Jobs / Investitionsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
074.	Antrag Stadtrat				0	Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fi- scher (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangi- nes (SP)
			500 000		500 000 N	Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)
						Enthaltung	Präsident Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
			Begründung: Direkte Förderung von innovativen Arbeitsintegrationsprogrammen (Corona-Pandemie) durch die Stadt				

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 075.

S. 380 **55**
5500
Tabelle

SOZIALDEPARTEMENT
Sozialdepartement Departementssekretariat
Beiträge an Gemeinschaftszentren

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
075. Antrag Stadtrat			Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	3 345 200		Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)

Begründung: Zwischen 2011/2012 und 2020 haben sich die Betriebskosten der GZ insgesamt um rund 1/3 erhöht. Auch mit dem Bevölkerungswachstum ist diese Steigerung nicht zu begründen. Zurück auf das Niveau von 2011/2012; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

55	SOZIALDEPARTEMENT				
5500	Sozialdepartement Departementssekretariat				
Konto	Kontobezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
3636 00 200	Beiträge an GZ Affoltern	1 532 100	0	234 700	1 297 400
3636 00 201	Beiträge an GZ Bachwiesen	1 167 600	0	104 600	1 063 000
3636 00 202	Beiträge an GZ Buchegg	1 696 700	0	188 300	1 508 400
3636 00 203	Beiträge an GZ Grünau	1 040 600	0	146 300	894 300
3636 00 204	Beiträge an GZ Heuried	1 890 700	0	598 900	1 291 800
3636 00 205	Beiträge an GZ Hirzenbach	1 504 900	0	189 700	1 315 200
3636 00 207	Beiträge an GZ Hottingen	580 400	0	71 900	508 500
3636 00 208	Beiträge an GZ Leimbach	912 300	0	470 500	441 800
3636 00 209	Beiträge an GZ Loogarten	1 379 800	0	248 300	1 131 500
3636 00 210	Beiträge an GZ Oerlikon	941 300	0	77 400	863 900
3636 00 211	Beiträge an GZ Riesbach	1 255 400	0	120 600	1 134 800
3636 00 212	Beiträge an GZ Schindlergut	521 500	0	58 500	463 000
3636 00 213	Beiträge an GZ Seebach	1 687 400	0	307 000	1 380 400
3636 00 214	Beiträge an GZ Wipkingen	1 230 000	0	425 900	804 100



3636 00 215	Beiträge an GZ Witikon	631 500	0	41 600	589 900
3636 00 216	Beiträge an GZ Wollishofen	695 400	0	61 000	634 400
	Total	18 667 600	0	3 345 200	15 322 400

Susanne Brunner (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 076.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): *In einer Ratsdebatte beklagten Sie sich darüber, wie die externe Kinderbetreuung nicht funktioniert. Wir sprachen im Rat lange darüber, es gibt viele Zeitungsartikel in den linken Medien, die das Problem aufgriffen, wonach die externe Kinderbetreuung nicht funktioniert. Und jetzt kommt aus, dass die Kosten in der Stadt höher sind, als sie sein sollten. Darum wollen wir den Betrag um 14 Prozent auf das Niveau senken, das der Vorgabe entspricht.*

Raphaël Tschanz (FDP): *Das Kita-Angebot wurde in den letzten Jahren stark ausgebaut, was breite Unterstützung in der Bevölkerung genoss. Es ist auch bekannt, dass Kitas eher am Limit operieren und vor allem auch auf günstige Stellen, insbesondere Praktikanten, setzen. Gerade in der Pandemie, in der sämtliche Kitas mit schwierigen Verhältnissen zu kämpfen haben – weniger Kinder, erhöhter Hygieneaufwand, Personalausfall wegen Quarantäne – ist es für die Mehrheit nicht der richtige Zeitpunkt, um an der Kostenschraube zu drehen.*

Weitere Wortmeldung:

Markus Baumann (GLP): *Die GLP wechselt von der Enthaltung in die Mehrheit. Die Begründung ist einfach: Vor einigen Wochen führten wir eine grössere Diskussion über die Kinderbetreuung. Wir wollen nicht vorgreifen und erst diese Diskussion führen, und schliesslich die Teilrevision der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich (VO KB) durchführen.*

S. 381	55 5500 3637 00 102	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an Eltern mit Anspruch auf subventionierte Kinderbetreuung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
076.	Antrag Stadtrat				80 966 800	Mehrheit
			11 335 400		69 631 400	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Gemäss Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt (VO KB) beträgt der Kostensatz für einen subventionierten Kitaplatz Fr. 120.- pro Tag. Die Kosten pro Belegungstag für ein Kleinkind in einer von der Stadt betriebenen Kita belaufen sich auf Fr. 137.50. Diese sind demnach rund 14 % höher, deshalb Kürzung auf das in der Verordnung vorgegebene Niveau			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 077.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Zwischen der Rechnung 2008 und der jetzigen Budgetdebatte stiegen die Kosten auf dem Konto massiv an. Es sind etwa 45 Prozent. Das kann nicht mit der Entwicklung der Einwohnerzahl und auch nicht mit Fallzahlen oder Vorgaben von übergeordnetem Recht oder übergeordneten Stellen erklärt werden. Darum regen wir die Kürzung an, damit eine Prozessoptimierung durchgeführt werden kann und damit die Aufträge besser und schneller erledigt werden können.

Raphaël Tschanz (FDP): Dieser und der übernächste Antrag sind Symbolanträge. Hier wird versucht, 3 Millionen Franken einzusparen. Anhand der Begründung sieht man, dass es reine Symbolpolitik ist: Der Antrag hat weder Hand noch Fuss, ist nicht sauber begründet und es wurden auch keine Abklärungen durchgeführt. Wenn eine strukturelle Änderung gewünscht ist, wird das nicht mit einem Kahlschlag im Budget gemacht. Dafür müssen vorher durch die Kommissionsarbeit Weisungen erarbeitet werden.



S. 394	55 5530 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
077.	Antrag Stadtrat				10 342 200 Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
				3 000 000	7 342 200 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
			Begründung: Aufgrund von Stadtratsbeschlüssen wuchsen die Ausgaben zwischen Rechnung 2008 und Budget 2021 um 45 %. Prozessoptimierungen und eine schlanke Verwaltung waren offensichtlich nicht das Hauptaugenmerkmal. Kürzung um rund 30 %, um Prozessoptimierungen voranzutreiben			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichem Mehr zu.

Antrag 078.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Susanne Brunner (SVP): *Wir beantragen Ihnen, 4 Millionen Franken für Soforthilfe für Selbstständigerwerbende und Kleinstunternehmende einzustellen, wenn es nötig werden sollte. Wir wollen bei den 4 Millionen Franken bleiben, weil es durchaus wichtig und richtig ist. Wir hatten nicht nur einen Lockdown in diesem Jahr, der viele Probleme brachte. Der Bundesrat beschloss heute wieder verschärfte Massnahmen. Die Einschränkungen, der Teillockdown ab 19 Uhr abends bis zum Morgen und das Schliessen der Läden an Sonn- und Feiertagen werden Auswirkungen auf viele kleine Läden und auf Selbstständigerwerbende haben. Der Bundesrat sah das auch. Er kündete heute an, dass er das Härtefallprogramm um 1,5 Milliarden auf 2,5 Milliarden Franken aufstocken wird. Die 4 Millionen Franken, die wir Ihnen beliebt machen wollen im Budget einzustellen, sollen hier wieder zum Zug kommen, sollte dies nötig werden. Genau dort, wo viele durch die Maschen fallen.*

Florian Utz (SP) beantragt namens der SP-Fraktion neu eine Erhöhung um 2 000 000 Franken: Ich halte die heute beschlossenen Massnahmen des Bundesrats für notwendig

und sehe gleichzeitig auch, dass bei vielen Selbstständigerwerbenden und Kleinstunternehmerinnen und -unternehmern die Massnahmen eine grosse wirtschaftliche Angst hervorruft. Die Menschen fragen sich, wie sie ihre Familie über die Runde bringen und wie sie ihre Miete am Ende des Monats bezahlen können, wenn ein teilweiser Lockdown kommt. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst. Die SP stellte darum den Antrag und ich bin der SVP dankbar, dass sie ihn als einzige Partei von Beginn an unterstützte. Im Antrag forderten wir, dass 4 Millionen Franken für die Nothilfe für Selbstständigerwerbende zur Verfügung gestellt werden. STR Raphael Golta gleiste im Frühling, als der Lockdown kam, ein hervorragendes Programm auf, bei dem Selbstständigerwerbende und Kleinstunternehmerinnen und -unternehmer, die in finanzielle Not gerieten, ohne grosse bürokratische Hürde 2000 Franken pro Monat beziehen konnten. Das ermöglichte ihnen eine Überbrückung, um das Leben in Würde fortführen zu können. Mit diesem Antrag wollen wir dem Stadtrat Mittel zur Verfügung stellen, um wiederum wie im Frühling schnell und unbürokratisch handeln zu können. Natürlich ist ein Zusatzkredit immer möglich. Da dies aber höhere Hürden bedeuten würde, ist es sinnvoll, gerade in einer Zeit, in der wir eine solidarische und handlungsfähige Stadt brauchen, dem Stadtrat ein Budget zur Verfügung stellen, damit er schnell handeln kann. Wir beantragten 4 Millionen Franken. Das ist der Betrag, der im Frühling während zwei Monaten gebraucht wurde. Gleichzeitig nahmen wir zur Kenntnis, dass die SVP die einzige Partei ist, die unseren Antrag unterstützt. Zu zweit haben wir zusammen 60 Stimmen – auch das muss zur Kenntnis genommen werden. Gleichzeitig machten Grüne und AL ein Angebot. Ich bin gerne bereit, einen Kompromiss zu finden, damit von einer breiten Mehrheit 2 Millionen Franken ins Budget eingestellt werden können. Das gibt STR Raphael Golta die Möglichkeit, im Fall eines Lockdowns zumindest für einen Monat das Programm wieder aufgleisen zu können. Ich halte dies für einen konstruktiven Kompromiss, der dem Stadtrat die Möglichkeit zum schnellen Handeln gibt. Es ist auch eine Aufforderung zum schnellen Handeln in einem solchen Fall, wobei ich aufgrund des Votums von STP Corine Mauch und des Handelns von STR Raphael Golta im Frühling davon überzeugt bin, dass wir auf offene Türen stossen. Der Antrag ist technisch wichtig und mit der Zustimmung setzten wir auch ein wichtiges Zeichen für alle Gewerbebetreibenden, Selbstständigerwerbenden und Kleinstunternehmerinnen und -unternehmer, die sich Sorgen machen.

Shaibal Roy (GLP): *Die GLP ist tatsächlich auch für unbürokratische Prozesse, das ist sehr sympathisch. Aber wir gehen hier einmal mehr von einem kompletten Grundlagenirrtum aus. Florian Utz (SP) bezeichnete das als einen technisch wichtigen Antrag. Das ist komplett falsch. Der Antrag wurde eingestellt und impliziert, dass die Pandemie genau gleich verlaufen im Jahr 2021 wird wie im Jahr 2020, als wir für zwei Monate 4 Millionen Franken auszahlten. Niemand hofft, dass das analog verlaufen wird. Er sprach von einem Lockdown; ich weiss nicht, was dieser Begriff genau definieren soll. Es ist sicher nicht der gleiche Fall, wie wir ihn vor einigen Monaten hatten. Wir sprechen davon, dass Nothilfe geleistet werden soll. Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat subsidiär handeln soll und momentan sagt der Stadtrat sogar selbst, dass ein funktionierendes Unterstützungssystem auch für Selbstständigerwerbende vorhanden ist. Im Moment*

besteht kein Bedarf für weitere subsidiäre städtische Unterstützungsmassnahmen. Wir sind auch der Meinung, dass das vom Stadtrat sehr genau im Auge behalten werden muss. Wenn es wieder nötig sein wird – was wir alle nicht hoffen –, dann liegt es am Stadtrat, eine Weisung auszuarbeiten, die uns vorgelegt wird und die uns sagt, wieviel wir sprechen sollen. Es ist nicht am Gemeinderat, technisch einen Betrag von 2 Millionen Franken ins Budget zu stellen. Das ändert nichts an der Handhabe des Stadtrats. Die Unterstützungsleistungen sollen vom Stadtrat in einem ordentlichen Verfahren dem Gemeinderat unterbreitet werden – nicht in Form eines Antrags.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): *Nach mehreren Gesprächen einigten wir uns auf einen Betrag in der Höhe von 2 Millionen Franken. Dieser Betrag ist sinnvoll, da der Stadtrat in Eigenregie das Geld rasch ausgeben kann, wenn tatsächlich Not bestehen wird. Falls mehr Geld gebraucht wird, kann der Stadtrat eine Weisung ausarbeiten und dem Gemeinderat vorlegen. Uns ist wichtig, dass die Pandemie nicht mehr dieselbe ist wie im Frühling. Ob die damalige Lösung von 2000 Franken pro Monat immer noch sinnvoll ist, muss geprüft werden. Ich gehe davon aus, dass das Sozialdepartement genau das tun und eine gute Lösung finden wird.*

Walter Angst (AL): *Wir werden ein Budget verabschieden, das in der Kultur 10 Millionen Franken Corona-Hilfe beinhaltet; in der Stadtentwicklung für Hilfe von Unternehmen sind es 5 Millionen Franken und jetzt sind es noch 2 Millionen Franken für die Betriebe im sozialen Bereich. Es gibt ein Postulat von Albert Leiser (FDP) und mir, das die Drittelsfrage betrachtet, um Geschäftsmieterinnen und -mieter zu entlasten. Die Arbeit wurde von uns getan. Ob jetzt noch ein wenig mehr eingestellt wird oder nicht, darauf kommt es nicht an. Der Auftrag an den Stadtrat ist, eine Lageanalyse zu erarbeiten und zu ermitteln, mit was für Anträgen auf welche Konti er in den Gemeinderat kommt, damit die Lasten der Krise sinnvoll aufgefangen werden können. Die Lasten der Stadt müssen in einem richtigen Verhältnis sein, damit sie sie auch tragen kann. Das ist die Arbeit des Stadtrats. Ob das schliesslich das eine oder das andere Konto betreffen wird, ist eine andere Frage. Der Gemeinderat sendet ein Signal aus. Der Stadtrat soll diese Anträge stellen und wir sollen sie anständig prüfen und dann sagen, wie es weitergehen soll. Ich glaube, dass vor allem bei den Selbstständigen und bei den Kulturschaffenden, die kein Unternehmen haben, genauer hingeschaut werden muss. Dafür braucht es eine neue Analyse, nicht dasselbe wie im März 2020.*

Ernst Danner (EVP): *Wir finden es gut, dass die SP den Antrag auf 4 Millionen Franken stellte. Wir vertraten stets die Haltung, dass wir insgesamt vom Parlament rund 10 Millionen Franken für die Notmassnahmen auf den zwei verschiedenen Konti, dem Sozial- und dem Präsidentialdepartement, bereitstellen sollen. Beim Antrag 006 kamen wir bei der Abstimmung auf 5 Millionen Franken. Jetzt sind wir der Meinung, dass es richtig wäre, wenn wir weitere 4 Millionen Franken bewilligen würden. Dann verfügt der Stadtrat von*

Anfang an über einen gewissen Spielraum. Wir wissen, dass er eine Weisung vorbringen muss. Aber es braucht so vielleicht weniger rasch Nachtragskredite. Darum bleiben wir bei den 4 Millionen Franken.

Florian Utz (SP): *Wichtig zur Klarstellung ist, dass wir von Anfang an sagten, dass es sehr schwierig ist, genau sagen zu können, wie die Krise weiterverlaufen wird. Über die Zukunft können wir nur mutmassen. Darum können wir aus heutiger Sicht nicht wissen, ob es 2, 4 oder 6 Millionen Franken oder im besten Fall überhaupt nichts brauchen wird. Bei den Anträgen, die wir zugunsten des Gewerbes stellten, ging es nicht um den genauen Betrag, sondern darum, dass der Stadtrat handlungsfähig ist und überhaupt über ein Budget verfügt, um handeln zu können. Weil der genaue Betrag nicht mit Sicherheit festgelegt werden kann, macht es keinen sehr grossen Unterschied, ob wir 2 oder 4 Millionen Franken bewilligen. Wichtig ist, dass der Stadtrat ein Budget hat und ein klares Signal vom Gemeinderat erhält, zu handeln und das Gewerbe zu unterstützen.*

S. -	55 5550 3635 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Beiträge an private Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
078.	Antrag Stadtrat			4 000 000	4 000 000	<p>0 Minderheit Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)</p> <p>Mehrheit Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Johann Widmer (SVP)</p> <p>Enthaltung Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)</p>
			Begründung: Unbürokratische Nothilfe für Selbständigerwerbende und Kleinstunternehmende (bei Bedarf, je nach weiterem Verlauf der Corona-Pandemie)			

Florian Utz (SP) beantragt namens der SP-Fraktion neu eine Erhöhung um 2 000 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und der SP-Fraktion:



33 / 33

Antrag Stadtrat / Minderheit	(0)	14 Stimmen
Antrag Mehrheit	(4 000 000)	19 Stimmen
Antrag SP-Fraktion	(2 000 000)	<u>69 Stimmen</u>
Total		102 Stimmen
= absolutes Mehr		52 Stimmen

Damit ist dem Antrag der SP-Fraktion zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 123, Beschluss-Nr. 3330/2020).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat